

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 7

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenhänge

Bewegungen im Sowjetlager

In der Sowjetunion selbst und in Osteuropa ist so vieles in Bewegung geraten, dass etliche Ereignisse, von denen früher jedes für sich Sensationswert gehabt haben würde, heute an den Rand der Wahrnehmungsfähigkeit gedrängt werden. Dabei häufen sich einerseits die Präzedenzfälle und andererseits die Syndrombildungen: So münden etwa Protestkundgebungen gegen Umweltzerstörung in einen nationalistischen Aufruhr usw. Solche Kombinationen, bei denen plötzlich ein unerwartetes Motiv dominant ausschlägt, sind normalerweise typisch für eine Periode, in welcher die bestehende Ordnung insgesamt angefochten wird. Auch dann, wenn sie – wie eben jetzt in Armenien – von Fall zu Fall zu siegen scheint.

In der armenischen Frage hat die Sowjetführung so entschieden, wie es die Staatsraison voraussehen liess (siehe letzte Nummer). Nagorno Karabach soll zwar kulturell aufgewertet werden, bleibt aber bei Aserbeidschan. Damit ist das Thema notdürftig aufs Eis gelegt, aber nicht gelöst.

Das armenische Karabach-Komitee, das die Kundgebungswelle vom Februar steuerte, hatte für diesen Fall ein Ultimatum gestellt. Falls die zentrale Sowjetführung bis zum 26. März keine positive Lösung in Aussicht stelle, werde man den Generalstreik ausrufen. Moskau hat vorsorglich geantwortet. Das armenische Komitee wurde für aufgelöst erklärt; eingeflogene Polizei- und Armee-Einheiten besetzten Jerewan. Okkupationsstatus als Präventivmassnahme.

Der unmittelbare Erfolg des Unternehmens war in der Vorosterwoche schwer abzusehen, schon wegen des sowjetischen Informationsfilters, der weniger durchlässt als die Abgasfilter sowjetischer Fabriken. In der umstrittenen Region Nagorno Karabach kam es offenbar doch zu Schul- und Arbeitsstreiks, möglicherweise von generalstreikähnlichem Charakter. Im armenischen Mutterland hingegen sollen sich die Verhältnisse annähernd normalisiert haben. Aber doch nicht so weit, dass man zum Beispiel westlichen Berichterstattern freien Zugang gewährt hätte. Dabei müssten sie als Kronzeugen für die Beruhigung der Lage um so willkommener sein als die Sowjetbürger wieder einmal so weit sind, der landeseigenen Berichterstattung nicht zu glauben.

Die Glasnost funktioniert in der Sowjetunion generell für alle Dinge mit Ausnahme der wichtigsten, und bezüglich der Tatsächlichkeiten im armenischen Geschehen ist sie nahezu in Ausstand getreten. Dem Sowjetbürger wird die relevante Information vorenthalten, und an ihrer Stelle erhält er teilweise Wertungen, die sich so ausnehmen, als habe die Breschnew-Ära nie aufgehört.

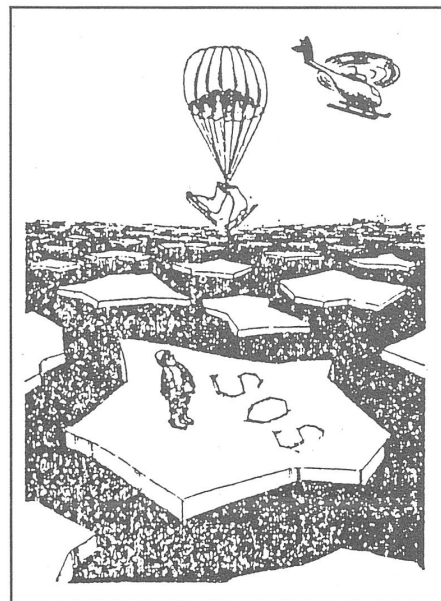
Federführend war im Verlauf des März dabei die «Prawda» (sie hat übrigens an Lesern verloren, während andere, sozusagen glasnostischere, Zeitungen der gewaltig gestiegenen Nachfrage nicht zu genügen vermögen). Sie beschimpft die armenischen Kundgebungsorganisatoren als Feinde von Sozialismus und Völkerfreundschaft, sie hat den halbarmenischen Herausgeber der Dissidentenzeitung «Glasnost», Sergej Grigorjanz (siehe die Moskauer Berichterstattung von Peter Sager in ZB Nrn. 3 und 4), der in Moskau die Informationslücken über Armenien nach besten Kräften auszufüllen versucht, als Agenten der CIA titulierte, wie gehabt.

Was immer in Armenien sonst läuft oder nicht: mit der Kombination Abschottung plus Gehässigkeit hat man enorm viel politisches Porzellan zerschlagen. Die wiederholten Kundgebungen, die in der vorletzten Märzwoche trotz des an sich deklarierten Moratoriums stattfanden, richteten sich ausgesprochen gegen die «Lügen der Presse» und insbesondere der «Prawda» (Wahrheit). Die grossen Kundgebungen vom Februar hatten betont das Vertrauen in die UdSSR, in die Perestrojka und in Gorbatschow herausgekehrt. Das war wohl schon damals nicht frei von Taktik, aber die Enttäuschung seither ist nicht weniger echt. Das Sowjetsystem hat sich ohne Zweifel neue Feinde zugelegt.

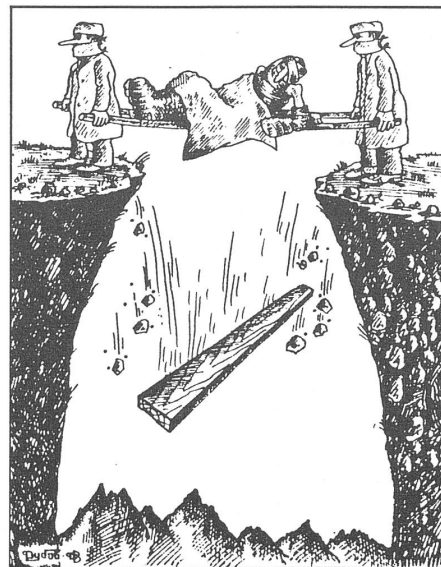
Vielleicht sogar zu Unrecht, in einer bestimmten Beziehung. Weil die Glasnost nämlich auch sonst immer schlecht funktioniert hat, wenn es um das Motiv nationaler Unrast ging; zu grosse Erwartungen waren da einfach nicht am Platz. Weit gründlicher und weit erfolgreicher als im armenischen Fall erwies sich zum Beispiel letztes Jahr die Informationsunterdrückung bezüglich der Sowjetrepublik Moldau (zwischen der Ukraine und Rumänien). Dort fanden letztes Jahr Unruhen statt, die vorerst total verschwiegen wurden und im Westen bis heute keinen nennenswerten Bekanntheitsgrad erlangten. Nachträglich «erinnerte» die lokale Presse anlässlich der Veröffentlichung von Re-

chenschaftsberichten daran und machte ein total verblüffendes Ausmass an Unruhen sichtbar: «Ereignisse, die dem ähnelten, was sich in Alma Ata (die grossen Unruhen vom Dezember 1986) abgespielt hatte» («Sowjetskaja Moldawija», Kischinew, 31. Mai 1987).

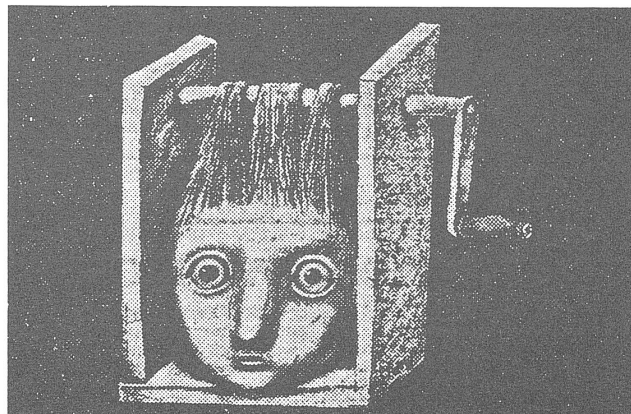
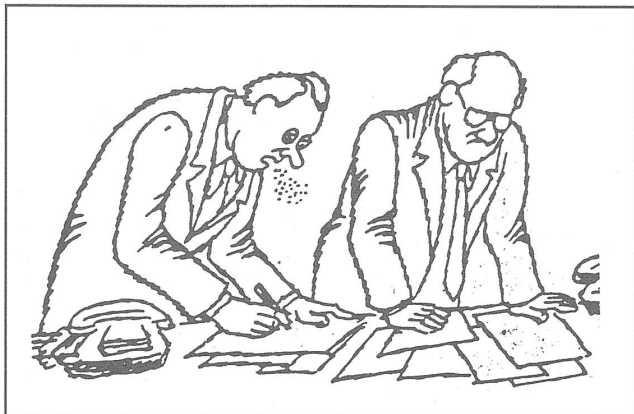
Aber insgesamt zeichnet sich die neue Zeit durch unbefohlene Manifestationen aus, die *nicht* verborgen bleiben, eine Frucht der Glasnost im allgemeinsten Sinn, welche der spontanen Willensbekundung von Bürgern und Gruppen einen gewaltigen Auftrieb gegeben hat.



Auf einer Eisscholle ist er gestrandet, und ein Paar Schlittschuhe schickt ihm der Rettungsdienst. Bulgarische Karikatur, reproduziert in «Sowjetskaja Rossija», Moskau, 13. 3. 1988.



Karikatur ohne Worte aus «Krokodil», Moskau, Nr. 4/1988.



Links: «Am besten wäre die Perestrojka auf dem Mond zu machen; dort ist alles sechsmal leichter als auf der Erde.» («Nove Slovo», Bratislava, 25. 2. 1988.) Rechts: ein litauisches Plakat, das im Februar auf einer Ausstellung in Warschau gezeigt wurde. Hier reproduziert aus «Zycie Warszawy», Warschau.

Geradezu chronisch ist das seit letztem Jahr im Baltikum geworden. Hier rührt das Aufbegehren an eine besonders heikle Stelle der sowjetischen Selbstdarstellung als «antifaschistisch». In Estland, Lettland und Litauen, drei Opfern des Hitler-Stalin-Paktes von 1939, erinnern immer mehr Leute immer lauter an das damalige Bündnis von Sowjetsozialismus und Nationalsozialismus. Das geheime Zusatzprotokoll zu jenem Pakt wird von der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung noch immer als inexistent behandelt, obwohl man mit der Leugnung heute nirgends mehr durchkommt, nicht einmal mehr bei westlichen Sympathisanten.

Grenzüberschreitend wird die fällige Aufarbeitung der braunen Vergangenheit im Verhältnis der Sowjetunion zu Polen. Seit letztem Jahr ist eine gemeinsame Kommission der beiden Länder offiziell daran, die «weissen Flecken der Geschichte» (die es laut Gorbatschow nicht mehr geben darf) zu tilgen, kommt aber kaum vom Fleck. Nun aber kommt von Polen aus anderweitig Bewegung in die Sache. Es geht dabei um das Massaker an polnischen Offizieren bei Katyn. Verübt wurde es von den Sowjets 1941, aber diese haben es nach Aufdeckung der Massengräber 1943 als Werk der später dorthin gelangten Nazitruppen ausgegeben. In Polen drängt heute die Opposition so stark auf die Rehabilitierung der historischen Wahrheit, dass sich sogar das Parteiorgan «Trybuna Ludu» am 12. März dieses Jahres genötigt sah, einen diesbezüglichen Aufruf polnischer Intellektueller an ihre sowjetischen Kollegen abzu drucken. Im gleichen Sinn ist das Traktandum «Katyn» am 10. März vor dem Sejm (Parlament) von einem Abgeordneten aufgeworfen worden, anscheinend ohne Widerspruch zum historischen Inhalt seines Vorstosses. Die «alte» (aber offiziell bis heute noch nicht widerriefene) Sowjetversion mag heute in der polnischen Öffentlichkeit einfach niemand mehr verteidigen; man verteidigt höchstens noch die Wünschbarkeit eines einvernehmlichen Vorgehens mit den sowjetischen Historikern. Aber die «Initiativen» von oben hinken den Initiativen von unten immer deutlicher hinterher.

Demonstrationen gehören in Osteuropa schon bald zum Alltag. Die Unruhen von Brasov letztes Jahr zeigten, dass sie sogar in Rumänien möglich und sichtbar geworden sind. In der Tschechoslowakei, dem klassisch «normalisierten» Land, haben diesen Frühling die grossen Katholikenkundgebungen von Prag und Bratislava eine Grundströmung von unvermuteter Stärke freigelegt.

In Ungarn finden kleine, aber wiederholte Protestdemonstrationen wegen der in Rumänien unterdrückten ungarischen Minderheit (vornehmlich in Siebenbürgen) statt. Was Nagorno Karabach für Armenien ist, das könnte Siebenbürgen noch für Ungarn werden.

Mit seiner grenzüberschreitenden Luftvergiftung beschwört Rumänien auch noch einen zwischenstaatlichen Konflikt mit Bulgarien herauf. Die gesundheitlich geschädigten Einwohner der Grenzstadt Ruse sind schon ein paarmal auf die Strasse gegangen. Das amtliche Sofia reagierte anfänglich mit Polizei- und

Informationssperren, sieht sich aber nunmehr genötigt, auf das Problem einzugehen.

Überhaupt ist im ganzen Sowjetlager der Protest gegen die Umweltzerstörung der Anlass für mannigfaltige Bewegungen von unten, die dann auch sonst an die verursachende Ordnung rühren. Es ist symptomatisch, dass in Jerewan ein Protest gegen ein Chemiewerk zu den Vorläufern (es gab noch andere) der Massenkundgebung vom 25. und 26. Februar gehörte, und im Baltikum gibt es analoge Fälle. «Tschernobyl» war vor zwei Jahren die geringste Zäsur im öffentlichen Bewusstsein ausgerechnet in jenem Land, das den «Vorfall» produzierte. Aber immer deutlicher wird es, dass es seine stärkere politische Wirkung als Nachzündung hat, eingebettet in die gesamte Umweltthematik, die für das sozialistische Lager immer noch neu ist. Mit neuen Anfechtungen tut sich der Sozialismus besonders schwer, und sie multiplizieren sich. Eine allfällige Restauration kann sie entweder stilllegen oder zur Explosion bringen.

Christian Brügger

Bestellschein für ZETBILD

Ich bestelle ein Jahresabonnement ZeitBild zu Fr. 48.—
(Ausland sFr. 53.—/DM 64.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Bitte einsenden an ZeitBild, Postfach, CH-3000 Bern 6